



Interesse und Standpunkt der Bundesrepublik Deutschland zur Drittnachbar-Politik der Mongolei

Ralph D. Thiele

September 2012

Zusammenfassung

Die mongolische Konzeption des „dritten Nachbarn“ gründet auf den historischen Erfahrungen, den Werten und Interessen der Mongolen. Als „dritter Nachbar“ wünscht sich Deutschland eine in der Perzeption der mongolischen Bevölkerung legitimierte Regierung, deren gute Regierungsführung, Rechtsstaatlichkeit, Sicherheit und eine ausgewogene Teilhabe an den Ressourcen breite Anerkennung finden – mithin alles Voraussetzungen für nachhaltige Stabilität in der Mongolei. Die deutsche Erwartungshaltung gegenüber der Mongolei entspricht dabei prinzipiell der deutschen Erwartungshaltung auch gegenüber anderen Freunden und Partnern:

- Gute nachbarschaftliche Beziehungen – im Fall der Mongolei mit Russland und China;
- Ein stabiles, legitimes und verlässliches Regierungssystem;
- Lebensperspektiven für nachrückende Generationen;
- Anschluss an die Globalisierung in den Bereichen Industrie, Handelsräume, Bildung und Kommunikation;
- Gerechte Verteilung von Ressourcen, Zugang zu Wasser und medizinischer Versorgung;
- Gute Vernetzung der Initiativen auf nationaler und internationaler Ebene;
- Stabilisierung des produzierenden Gewerbes / Mittelstands;
- Gezielte Einbindung von Frauen in politische Entscheidungs- und Konfliktlösungsprozesse.

Das ISPSW

Das Institut für Strategie- Politik- Sicherheits- und Wirtschaftsberatung (ISPSW) ist ein privates, überparteiliches Forschungs- und Beratungsinstitut.

In einem immer komplexer werdenden internationalen Umfeld globalisierter Wirtschaftsprozesse, weltumspannender politischer, ökologischer und soziokultureller Veränderungen, die zugleich große Chancen, aber auch Risiken beinhalten, sind unternehmerische wie politische Entscheidungsträger heute mehr denn je auf den Rat hochqualifizierter Experten angewiesen.

Das ISPSW bietet verschiedene Dienstleistungen – einschließlich strategischer Analysen, Sicherheitsberatung, Executive Coaching und interkulturelles Führungstraining – an.

Die Publikationen des ISPSW umfassen ein breites Spektrum politischer, wirtschaftlicher, sicherheits- und verteidigungspolitischer Analysen sowie Themen im Bereich internationaler Beziehungen.



ANALYSE

1. Auf exzellentem Kurs

Die deutsch-mongolischen Beziehungen sind auf exzellentem Kurs. Der Besuch von Bundeskanzlerin Merkel letztes Jahr in Ihrem Land und der Besuch Ihres Präsidenten im Frühjahr in Deutschland haben unterstrichen, dass beide Länder trotz großer geographischer Entfernung gute Freunde und in einem übertragenen Sinne längst gute Nachbarn sind.

Die Mongolei übt auf uns Deutsche seit jeher eine große Faszination aus. Die Bundesrepublik Deutschland hat Ihren Weg zu Demokratie, Freiheitlichkeit und Marktwirtschaft in den letzten 20 Jahren mit großer Anerkennung verfolgt. Die Mongolei hat in diesen Jahren die Basis für ihre wirtschaftliche Entwicklung geschaffen. Längst haben der beachtliche Reichtum an Bodenschätzen, der erhebliche Bedarf des Weltmarktes an Rohstoffen, die stetig wachsenden Preise sowie der Start von Bergbauprojekten von globalem Ausmaß eine rasante Wirtschaftsentwicklung bei Ihnen eingeleitet. Ich darf in diesem Rahmen auch die gemeinnützige Arbeit der Stiftungen erwähnen – nicht zuletzt die Konrad-Adenauer-Stiftung. Diese haben in der Mongolei wichtige Beiträge zu Ihrem Erfolg geleistet und wollen und werden dies sicherlich auch weiterhin tun. Sie in der Mongolei danken Deutschland dieses Engagement mit ihrem Vertrauen. Das ehrt wiederum uns Deutsche.

Jedem, der ihre Politik des dritten Nachbarn verfolgt, begreift den engen Zusammenhang mit der besonderen geopolitischen Situation der Mongolei. Ihre Sandwich-Lage zwischen Russland und China sowie der fehlende Meereszugang stellen Prosperität und Sicherheit der Mongolei vor besondere Herausforderungen. Aus ihrer Geschichte haben Sie die Schlussfolgerung gezogen, dass sie nicht nur ausgewogene, freundschaftliche Beziehungen zu Russland und China pflegen müssen, sondern weitere Freunde und Partner brauchen, um die mongolische Unabhängigkeit, Souveränität und weitere Entwicklung zu gestalten. So entstand das Konzept des „dritten Nachbarn“ als Schlüsselfaktor einer selbstständigen, mongolischen Außenpolitik. Im Rahmen einer Politik der Bündnisfreiheit suchen Sie zugleich internationale Absicherung über eine aktivere Mitarbeit in internationalen Organisationen, darunter die Vereinten Nationen und die OSZE, sowie über eine vertrauensvolle Zusammenarbeit mit dritten Nachbarn wie den USA, Japan und der Europäischen Union – hier insbesondere Deutschland.

Auf diesem Wege finden sie großes Interesse – nicht nur bei den USA, Japan und anderen asiatischen Mächten, sondern auch bei der Europäischen Union mit der ein Partnerschafts- und Kooperationsabkommen in Sichtweite ist; ebenfalls bei der OSZE, deren Generalsekretär erst im Juni diesen Jahres die Mongolei besucht hat, um hier die Perspektiven und Rahmenbedingungen für eine volle Mitgliedschaft der Mongolei in der OSZE zu diskutieren, insbesondere aber auch in Deutschland.

Die besondere Verbindung unserer beiden Länder nahm ihren Lauf, als Präsident Ochirbat im September 1995 als erster demokratisch gewählter Präsidenten der Mongolei nach seinem Amtsantritt Deutschland als erstes europäisches Land besuchte. Bundespräsident Herzog kam im September 1998 zu einem ersten Staatsbesuch in die Mongolei. Anlässlich des Besuchs von Bundespräsident Köhler bei Ihnen im September 2008 wurde dann eine "Gemeinsame Erklärung über die umfassenden partnerschaftlichen Beziehungen zwischen Deutschland und der Mongolei" unterzeichnet, die unter Berufung auf von beiden Seiten geteilten gemeinsamen Werten einen Ausbau der Beziehungen auf politischem, wirtschaftlichem und kulturellem Gebiet vorsieht. Der Besuch



von Bundeskanzlerin Merkel in der Mongolei im Oktober des vergangenen Jahres war als erster Besuch eines Bundeskanzlers in der Mongolei ein weiterer Meilenstein in den Beziehungen zwischen beiden Ländern. Bei dieser Gelegenheit wurden gleich mehrere Wirtschaftsabkommen unterzeichnet. Diese konkreten Maßnahmen zeugen von der neuen Dynamik in den Wirtschaftsbeziehungen zwischen beiden Ländern.

Der Staatsbesuch Ihres Staatspräsidenten Elbegdorj im Frühjahr dieses Jahres in Deutschland wurde von Politik, Medien und Wirtschaft in Deutschland mit großer Aufmerksamkeit begleitet. Kurz vor diesem wichtigen Termin fand das X. Mongolisch-Deutsche Forum in Berlin statt. Das Forum stand unter dem Thema: Die Mongolei im Umbruch – Ein Land im Spannungsfeld des globalen Ressourcenwettbewerbs. Ihr früherer Präsident und Initiator dieses Forums Herr Ochirbat war übrigens ebenfalls dabei – eine wichtige mongolische Stimme in Deutschland –, wie auch Ihr Außenminister und der Botschafter der Mongolei in Deutschland, die das Forum mit Ihren Vorträgen beeindruckten. Ich hatte die Ehre und das Vergnügen, einen kleinen Teil des Programms Ihrer Delegation in Deutschland zu begleiten. Meine Beobachtungen: Es gibt großes Interesse. Längst treffen sich gute Freunde. Die Stimme mongolischer Staatsmänner hat in Deutschland Gewicht.

2. Wie hebt man einen Schatz?

Aus deutscher Perspektive gehört zu einer guten Nachbarschaft unser großes Interesse an ihrer aktuellen gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Entwicklung. Die Mongolei hat nach dem Zerfall des Ostblocks einen vorbildlichen Weg in Richtung Demokratie und Marktwirtschaft eingeschlagen. Seit 1990 finden regelmäßig allgemeine, freie und faire Wahlen statt, die Regierungswechsel verlaufen friedlich. Die Menschenrechte sind in der Mongolei verfassungsrechtlich verbrieft und werden allgemein geachtet. Sie verfügen über eine aktive Zivilgesellschaft mit einer Vielzahl von Bürgerbewegungen und Selbsthilfegruppen.

Heute werden mehr als drei Viertel des Bruttoinlandsprodukts (BIP) der Mongolei von Privatunternehmen erwirtschaftet. Nachdem die frühen 1990er Jahre von einem Zusammenbruch der alten, von der Sowjetunion abhängigen Wirtschaftsstrukturen geprägt waren, wurden nach der Jahrtausendwende Wachstumsraten von bis zu zehn Prozent erreicht. Es wird erwartet, dass die Mongolei in den kommenden Jahren aufgrund ihres enormen Rohstoffreichtums zu den weltweit am schnellsten wachsenden Volkswirtschaften gehören wird.

Ihr Land ist sowohl Mitglied der Welthandelsorganisation (WTO) als auch der Extractive Industries Transparency Initiative (EM). Im Governance-Index der Weltbank liegt die Mongolei im guten Mittelfeld der 213 untersuchten Länder: Bezüglich Effektivität der Regierungsführung belegt sie Platz 32, bei Regulierungsqualität Platz 42. Lediglich der Korruptionsindex von Transparency International gibt Grund zur Sorge. Im Jahr 2011 lag die Mongolei nur auf Rang 120 von 182 Ländern. Allerdings nehmen wir durchaus wahr, dass Ihre Politik längst erkannt hat, dass Korruption die Entwicklung der Mongolei unverhältnismäßig stark behindert. Sie haben deshalb Antikorruptionsgesetze verabschiedet und entsprechende Kontrolleinrichtungen geschaffen und ahnden Korruptionsfälle zunehmend konsequent. Zugleich adressieren Sie die Herausforderungen in den Feldern Regierungsführung, Leistungsfähigkeit der staatlichen Institutionen, Umsetzung von Reformen im Finanz- und Energiesektor, Landflucht und Umweltzerstörung, die manche wirtschaftliche Erfolge wieder zunichte machen.

Zieht man einen Summenstrich, so lässt sich feststellen: Ja, es gibt Probleme. Und dennoch, der friedliche Wechsel von der Einparteienherrschaft zur parlamentarischen Demokratie, der weitgehend erfolgreiche Übergang von zentraler Plan- zur Marktwirtschaft, machen die Mongolei zu einem Vorbild – in Asien und durchaus



auch darüber hinaus. Demokratien müssen sich eben an jedem neuen Tag bewähren. Dies gilt in Deutschland gleichermaßen.

Für Sie in der Mongolei bildet der Rohstoffreichtum Ihres Landes einen unglaublichen Schatz. Wie hebt man einen solchen Schatz? Unter dem Leitgedanken der nachhaltigen Entwicklung hat das deutsche Bundesentwicklungsministerium, parallel zur Rohstoffstrategie der Bundesregierung, eine entwicklungspolitische Strategie für den Rohstoffsektor entwickelt, die auf sechs Grundsätzen basiert, die Ihnen vielleicht zur Orientierung dienen können:

1. Der Rohstoffsektor muss für Aufbau und Stärkung der Wirtschaft in den Entwicklungsländern genutzt werden. Es bedarf dafür eines soliden, vom Staat vorgegebenen Rahmens.
2. Bekenntnis zu einem stabilen eigentumsrechtlichen und steuerrechtlichen Umfeld.
3. Aufbau leistungsfähiger Strukturen im Rohstoffsektor mit qualifiziertem Personal.
4. Förderung einer Umwelt- und Sozialgesetzgebung nach international anerkannten Standards.
5. Grundsatz der Transparenz: Angefangen bei den Verträgen, über die Finanzströme bis hin zur Rechenschaft über die Rohstoffeinnahmen.
6. Rohstoffe dürfen nicht der Finanzierung bewaffneter Konflikte dienen.

Ihr Land gilt als eines der zehn rohstoffreichsten Länder der Welt. Es verfügt unter anderem über Kohle, Gold, Kupfer, zahlreiche Mineralien und Erze sowie über sogenannte Seltene Erden. Diese werden zum Beispiel für die Herstellung von Bildschirmen, Windkraftanlagen, Energiesparlampen und medizinischen Geräten benötigt. Bislang ist erst ein Drittel des Landes geologisch erforscht. Um die Rohstoffvorkommen zu erkunden und zu nutzen, ist die Regierung auf das Engagement ausländischer Investoren angewiesen. Zugleich muss sie dem Staat ausreichende Gewinne sichern,

- für den Wohlstand der Mongolen,
- die Verbesserung der Infrastruktur,
- für Wachstum in der Mongolei,
- für den gesellschaftlichen und sozialen Fortschritt ihrer Bürgerinnen und Bürger.

Die richtige Balance zwischen diesen Interessen zu finden, stellt eine große Herausforderung dar.

Da die Mongolei von Rohstoff-Weltmarktpreisen abhängig ist, korrelieren die Einnahmen aus dem Bergbausektor nach wie vor unmittelbar mit den Preisschwankungen auf dem Weltmarkt. Derzeit führen günstige außenwirtschaftliche Bedingungen, die Auslandsnachfrage und die auf die Förderung der Binnennachfrage gerichtete mongolische Regierungspolitik zu immensem Wirtschaftswachstum. Ihre Regierung arbeitet seit geraumer Zeit intensiv daran, diese Wachstumsdynamik zu sichern und durch erforderliche gesetzliche Regulierung zu flankieren. Wir Deutschen haben Sie dabei unterstützt. Sie haben hierbei wichtige Erfahrungen gewonnen, die Sie nun in die Lage versetzen, mit konstruktiver Begleitung unserer Entwicklungspartner auch die neuen, aus dem



rasanten Wirtschaftswachstum resultierenden Herausforderungen erfolgreich zu bewältigen und dieses wirtschafts-, umwelt- und entwicklungspolitisch nachhaltig zu gestalten.

Die positive Wirtschaftsentwicklung der Mongolei erzeugt bei Ihren Bürgerinnen und Bürgern mit Recht hohe Erwartungen an politischer, wirtschaftlicher und sozialer Teilhabe. Die Herausforderung besteht insbesondere darin, dass die Erlöse aus dem Rohstoffsektor einem möglichst großen Teil der mongolischen Bevölkerung zugute kommen. Von besonderer Bedeutung sind hierfür beschäftigungspolitische Fortschritte, um die wachsende Kluft bei den Einkommensverhältnissen der Bevölkerung abzubauen. Die erfolgreiche Bekämpfung von Armut ist aus deutscher Sicht ein zentraler Faktor für den gesellschaftlichen Zusammenhalt und damit auch für die weitere wirtschaftliche Entwicklung der Mongolei – ein zentraler Faktor für Ihre Stabilität und damit zugleich eine unabdingbare Voraussetzung dafür, dass der Wohlstand von heute nicht auf Kosten künftiger Generationen aufgezehrt wird.

2008 hat ihr Parlament eine Nationale Entwicklungsstrategie mit rund 120 Hauptzielen verabschiedet, die bis zum Jahr 2021 erreicht werden sollen. Ihr "Midterm Growth Perspective and Economic Development Strategic Action Plan" für den Zeitraum 2010 bis 2015 präzisiert diesen Ansatz durch Konzentration auf fünf Hauptziele. Wie der „National Millennium Development Goals Report“ bestätigt, ist die Mongolei auf gutem Wege, rund zwei Drittel der Ziele zu erreichen, die sie sich bis 2015 gesteckt hat. Das ist eine gute und wichtige Bestätigung ihrer Anstrengungen – schon allein mit Blick auf die noch sehr hohe Armutsquote. Ihre Regierung steht vor der heiklen Aufgabe, die Armut im Land zu reduzieren und gleichzeitig die begrenzten natürlichen Ressourcen und sensiblen Ökosysteme zu schützen.

Ein Schlüssel zum nachhaltigen, erfolgreichen Heben des Rohstoffschatzes ist Entwicklungszusammenarbeit (EZ). Deutschland ist der mit Abstand größte europäische EZ-Partner der Mongolei und nach Japan und den USA das drittgrößte Geberland. Insgesamt hat die Bundesrepublik Unterstützungsleistungen für den Zeitraum 2010 und 2011 in Höhe von 26,4 Millionen Euro zugesagt. In dieser Summe ist auch ein Betrag von drei Millionen Euro enthalten, der anlässlich des Besuchs von Entwicklungsminister Dirk Niebel in der Mongolei im August 2010 für den Start der mongolisch-deutschen Rohstoffinitiative zugesagt wurde.

Das deutsche Bestreben zielt darauf ab, alle verfügbaren Möglichkeiten zu nutzen, die Wirksamkeit unserer Zusammenarbeit zu verbessern. Mit Schwerpunkt konzentriert sich Deutschland deshalb in der Zusammenarbeit mit der Mongolei auf Zukunftsthemen, darunter

- Nachhaltiges Rohstoffmanagement,
- Umweltschutz und Artenvielfalt sowie
- Energie / Energieeffizienz.

Nachhaltiges Rohstoffmanagement soll die institutionellen, wirtschaftspolitischen und personellen Voraussetzungen für ein nachhaltiges und breitenwirksames, rohstoffbasiertes Wirtschaftswachstum in der Mongolei verbessern. Hierzu ist die Steigerung der Wertschöpfung in der Mongolei entscheidend, denn es geht darum, breitenwirksam zu mehr Beschäftigung und Einkommen beizutragen. Ziel der mongolisch-deutschen Zusammenarbeit in diesem Bereich ist es deshalb, ein unternehmerfreundliches Umfeld in ausgewählten Sektoren und Regionen zu schaffen. Ein besonderes Augenmerk liegt dabei auf dem ländlichen Raum. Dort ist die Infrastruktur wenig entwickelt, die Absatzmärkte sind klein. Größere Märkte sind nur schwer zu erreichen.



Schwerpunkte des deutschen Engagements sind

- die Steigerung der Leistungsfähigkeit von kleinen und mittleren Unternehmen (KMU),
- der Aufbau von Genossenschaften im ländlichen und städtischen Raum,
- die Finanzsystementwicklung sowie
- die Gestaltung einer exportorientierten Wirtschafts- und Handelspolitik.

Die avisierten Aktivitäten setzen auf verschiedenen Ebenen an.

- So werden Ministerien, Fachinstitutionen, Kammern und Verbände beraten, wie die politischen und rechtlichen Rahmenbedingungen für Unternehmer verbessert und Maßnahmen zur lokalen Wirtschaftsförderung ausgestaltet werden können.
- Ein Investitionshemmnis für kleine und mittlere Unternehmen ist das fehlende Kreditangebot. In Zusammenarbeit mit örtlichen Banken werden daher über die KfW Entwicklungsbank Kreditmittel für KMU bereitgestellt.
- Das mongolische Ministerium für Soziales und Arbeit wird bei der Reform der sozialen Krankenversicherung unterstützt.
- Im Rahmen der Integrierten Rohstoffinitiative beabsichtigt Deutschland, das Engagement im Rohstoffsektor durch weitere Zusagen signifikant zu verstärken.
- Auch soll es um Maßnahmen in den Bereichen Berufsbildung und Arbeitsmarkt ergänzt werden.
- Angesichts der hohen Nachfrage nach qualifizierten Arbeitskräften im Rohstoffbereich sind bisherige Maßnahmen der Arbeitsmarktpolitik und beruflichen Bildung zu ergänzen. Dabei geht es primär um die Entwicklung praxisorientierter Berufsbildung und – mit Blick auf den konkreten Bedarf der Wirtschaft – die Integration von Absolventen in den formalen Arbeitsmarkt. Der Großteil der Bevölkerung der Mongolei ist jung. Dieser Anteil wächst beständig. Diese jungen Menschen brauchen berufliche Qualifikation, Beschäftigungschancen und wirtschaftliche Perspektiven.

Die deutsche und die mongolische Regierung sind sich darin einig, dass der Privatsektor zukünftig stärker in die Zusammenarbeit einbezogen werden sollte. Angestrebt werden unter anderem Entwicklungspartnerschaften mit deutschen Firmen. Bislang sind trotz des wirtschaftlichen Potenzials verhältnismäßig wenige deutsche Unternehmen in der Mongolei aktiv. Von daher war es sehr hilfreich, dass Vertreter Ihrer Regierung beim X. Mongolisch-Deutschen Forum in Berlin ausführlich und übersichtlich über die Chancen berichtet haben, die sich deutschen Firmen in der Mongolei bieten.

Der Erhalt der Ökosysteme und ihrer Artenvielfalt ist nicht nur ökologisch, sondern auch ökonomisch wichtig für die Mongolei. Steppen und Wälder sind ihre wichtigsten Ökosysteme. Diese sind zwar an extreme Klimabedingungen angepasst, jedoch auch anfällig gegenüber klimatischen Veränderungen. Die bisher beobachteten und prognostizierten Klimaveränderungen, vor allem der Temperaturanstieg und die abnehmenden Niederschläge, haben dramatische Auswirkungen auf die Ökosysteme und deren Artenvielfalt. Zunehmende Brände, schädliche Insekten, Massenerkrankungen und Wasserstress sind entscheidende Zerstörungsfaktoren.



Die Mongolei verfügt zwar über ausreichende Umweltgesetze, deren Umsetzung aber muss verbessert werden. So werden die Abbaumethoden im Bergbau nicht ausreichend kontrolliert. Dadurch werden Grundwasser und Flüsse verunreinigt – mit bedrohlichen Folgen für die Viehzüchter, die ihr Trinkwasser aus Brunnen und Fließgewässern beziehen.

In Gefahr sind auch die empfindlichen mongolischen Ökosysteme – von den Nadelwäldern im Norden über die Grassteppen bis zur Wüste Gobi im Süden. Abholzung und Überweidung führen in vielen Regionen dazu, dass der Boden auslaugt und irreparabel geschädigt wird. 70 Prozent der Landesfläche sind von fortschreitender Wüstenbildung betroffen. Holzschlag und Brandrodungen haben dazu geführt, dass die Waldbestände nur noch zehn Prozent der Landesfläche ausmachen.

In den Städten, vor allem in der Hauptstadt Ulaanbaatar, leidet die Bevölkerung in den Wintermonaten unter extremer Luftverschmutzung. Sie entsteht zum einen durch die Verbrennung ungereinigter Rohkohle in den Heizkraftwerken. Zum anderen wird sie durch den Zuzug von Nomaden hervorgerufen, die vor der Armut auf dem Land flüchten, ihre Jurten am Stadtrand aufschlagen und – angesichts von Temperaturen von bis zu 50 Grad unter Null – alles verfeuern, was brennt, darunter auch Plastikabfälle und alte Autoreifen. Die Luftverschmutzung sorgt inzwischen für epidemische Atemwegserkrankungen, die auch die Volkswirtschaft belasten.

Rund ein Drittel Ihrer Landsleute leben als Nomaden von der Viehzucht. Der Rückgang der Steppe, der von den Klimaveränderungen ausgelöst wird, bedroht deren Existenz. Durch die klimabedingte Abnahme von Waldflächen ist auch in der Forstwirtschaft mit ökonomischen Einbußen zu rechnen.

Aus diesen Beobachtungen und Erkenntnissen ergeben sich deutsche Unterstützungsschwerpunkte:

- Deutschland unterstützt den Erhalt der durch den Klimawandel gefährdeten Biodiversität in mongolischen Wald- und Steppengebieten insbesondere durch Fokus auf die ländliche Bevölkerung, die vom Erhalt und der nachhaltigen Nutzung der natürlicher Ressourcen und der Biodiversität abhängt und vom Klimawandel stark betroffen ist. Die Zusammenarbeit unserer beiden Länder in diesem Bereich soll sich in Zukunft vor allem mit dem Walderhalt in der gesamten Mongolei beschäftigen.
- Deutschland unterstützt die staatliche Bergaufsichtsbehörde (General Agency Specialized Inspection, GASI) dabei, gesetzliche Umweltschutzaufgaben und Verfahrensregeln auszuarbeiten, umzusetzen und zu überwachen. Darüber hinaus sind deutsche Experten bei der Rekultivierung von ehemaligen Abbaugebieten beratend tätig.
- Im Bereich Stadtentwicklung fördert Deutschland die Anwendung energieeffizienter Baumethoden und den Einsatz erneuerbarer Energien. Flankiert werden diese Maßnahmen durch Angebote der beruflichen Aus- und Weiterbildung im Bausektor.

Energieeffizienz und Energieeinsparung gewinnen angesichts der boomenden Wirtschaft der Mongolei rasant an Bedeutung. Die extremen klimatischen Bedingungen machen eine verlässliche Strom- und Wärmeversorgung für die Menschen in der Mongolei überlebenswichtig. Die Verstädterung und der Boom im Bergbausektor führen zugleich zu einem steigenden Energiebedarf, der heute zum größten Teil durch Kohle gedeckt wird. Doch die alten Kraftwerke können schon bald den Bedarf nicht mehr decken. Bei Spitzenlasten muss bereits jetzt teurer Strom aus Russland importiert werden. Kraftwerke und Stromnetze arbeiten mit hohen Verlusten, während bei den Endverbrauchern noch ein hohes Einsparpotenzial liegt.



Deswegen sind Strategien und Anreizmechanismen für Energieeffizienz und Energieeinsparung außerordentlich bedeutsam.

- Deutschland fördert daher die Erneuerung von Kraftwerken und Umspannwerken. So wird die Energieeffizienz gesteigert und zugleich der Ausstoß von Treibhausgasen verringert.
- Um die Energieversorgung nachhaltig zu sichern, berät Deutschland bei der Einführung von verbrauchsorientierten, kostendeckenden und sozial verträglichen Tarifsystemen.
- Die politische Ebene wird zudem bei der Fortentwicklung von Konzepten und Strategien im Sektor unterstützt. Ein wesentlicher Beitrag des Vorhabens besteht in der Erstellung eines Gesetzesentwurfs zur Energieeffizienz.

3. Grundsätzliche deutsche Erwartungen

Damit ist im Grunde bereits weitgehend der Rahmen deutscher Interessen und Standpunkte gesteckt. Im nun folgenden Abschnitt möchte ich drei vertiefende Gesichtspunkte der deutschen Position behandeln.

Deutschland ist der wichtigste Handelspartner der Mongolei in der Europäischen Union. Das Handelsvolumen wächst stark. Konkret hat Deutschland im Jahr 2011 Waren im Wert von 145,5 Mio. Euro in die Mongolei exportiert und von dort Waren im Wert von 10,4 Mio. Euro importiert. Mit seinen Exporten liegt Deutschland bei den Hauptlieferländern der Mongolei auf Platz 6.

- Rohstoffpartnerschaft

Der Besuch der Bundeskanzlerin in der Mongolei im Oktober 2011 hat den bilateralen wirtschaftlichen Beziehungen wichtige Impulse gegeben. Beispielhaft hierfür steht das Engagement der Bundesregierung bei der Rohstoffpartnerschaft mit der Mongolei. Die Mongolei hat als erstes Land ein „Rohstoffpartnerschaftsabkommen“ mit Deutschland abgeschlossen. Das Abkommen über die Zusammenarbeit im Rohstoff-, Industrie- und Technologiebereich soll zum einen die Rohstoffversorgung der Bundesrepublik sichern, aber zugleich in der Mongolei Erträge und Produktivität durch Schaffung einer Wertschöpfungskette erhöhen und damit zu einer nachhaltigen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklung in der Mongolei beitragen. Darüber hinaus ergeben sich hieraus vielversprechende Möglichkeiten für den Ausbau der mongolischen Infrastruktur.

Die Bundesregierung hat sich im Vertragswerk verpflichtet, ein entsprechendes Engagement der deutschen Wirtschaft zu unterstützen. Explizit genannt werden Verarbeitung und Verflüssigung von Kohle, Produktion von Schwarzmetallurgie sowie Verarbeitung von Bunt- und Industriemetall. Für die Mongolei ist eine Rohstoffpartnerschaft mit Deutschland auch deshalb interessant, weil sie einen Weg weist, ihre Rohstoffabnehmer zu diversifizieren und damit weniger abhängig von China und Russland zu werden.

Deutschland ist als Exportnation auf die Bodenschätze anderer Länder zwingend angewiesen. Rohstoffe sind die unverzichtbare Grundlage für industrielle Produktion und wirtschaftliche Wertschöpfung. Aufgrund der hohen Importabhängigkeit ist Deutschland besonders verwundbar gegenüber Preisschwankungen und Lieferengpässen. Rohstoffpartnerschaften sollen hier Abhilfe schaffen, indem sie den Zugang zu Rohstoffen verbessern und helfen, die Bezugsquellen zu diversifizieren. Die im Oktober 2010 verabschiedete Rohstoffstrategie



der Bundesregierung sieht deshalb Rohstoffpartnerschaften mit rohstoffreichen Ländern als neues Instrument vor, um die Versorgung mit kritischen Metallen und Mineralien zu sichern.

Grundlage der Partnerschaften ist ein völkerrechtlicher Vertrag. Er bildet den Rahmen für Kooperationen zwischen deutschen Unternehmen und Firmen im Partnerland. Die Bundesregierung verpflichtet sich, den Aufbau Rohstoff verarbeitender Industrien im Partnerland zu fördern und Bemühungen um besseres Rohstoffmanagement zu unterstützen. Im Gegenzug garantiert die Partnerregierung deutschen Unternehmen diskriminierungsfreie und faire Investitionsmöglichkeiten. Es geht also um Partnerschaften zu beiderseitigem Nutzen: Die Kooperationsländer profitieren vom deutschen Know-how in der Förderung und Verarbeitung von Rohstoffen. Auf der anderen Seite dient dies einer sicheren Rohstoffversorgung der deutschen Wirtschaft.

Die Bundesregierung übernimmt dabei eine flankierende Rolle für die deutsche Wirtschaft, in deren Kompetenz nach dem deutschen ordnungspolitischen Verständnis die konkrete Umsetzung in Form von Unternehmenskooperation fällt. Deutsche rohstoffpolitische und rohstoffwirtschaftliche Entscheidungsträger tragen dabei nicht nur Verantwortung für die deutsche Industrieproduktion und deren Versorgung mit Rohstoffen. Sie tragen auch Mitverantwortung für die Nachhaltigkeit der Rohstoffgewinnung in den Ländern, aus denen die Empfängerländer Rohstoffe und daraus weiterverarbeitete Produkte beziehen. Deutschland setzt sich ausdrücklich für einen soliden, vom Staat vorgegebenen Rahmen ein, der auch für menschenwürdige Arbeitsbedingungen sorgt.

Die Bundesregierung unterstützt die Unternehmen insbesondere durch Garantien, Förderung von Forschung und Entwicklung sowie Beratungsleistungen der Deutschen Rohstoffagentur. Konkret kooperieren deutsche Durchführungsorganisationen im Rahmen der Rohstoffpartnerschaft unter dem Dach der Integrated Mineral Resources Initiative (IMRI) eng mit der internationalen, deutschen und lokalen Privatwirtschaft. Die deutsche Entwicklungszusammenarbeit finanziert hier z.B. eine Kohlewaschanlage. Somit kann die Mongolei künftig bereits gewaschene Kohle anbieten und damit einen wichtigen Wertschöpfungsschritt im eigenen Land übernehmen.

Vor diesem Hintergrund sind die Schwerpunkte einer nachhaltigen Zusammenarbeit mit der Mongolei insbesondere

- die Verbesserung der Rohstoff- und Ressourceneffizienz,
- die Umsetzung von Umwelt- und Sozialstandards bei der Rohstoffgewinnung und -aufbereitung,
- der Aufbau von Industrieclustern einschließlich der Zusammenarbeit mit Forschungsinstituten, sowie
- die Verbesserung des Investitions- und Innovationsklimas.

Während des Staatsbesuches von Präsident Elbegdorj in Deutschland fand die erste gemeinsame Sitzung des deutsch-mongolischen Wirtschaftskomitees statt, dem die Umsetzung der Rohstoffpartnerschaft obliegt. Wichtige Dokumente wurden unterzeichnet. U.a. wurde ein konkretes Projekt zum Bau einer Kohleverflüssigungsanlage vereinbart, das die Mongolei bei Realisierung von ihrer fast hundertprozentigen Abhängigkeit von Brennstoffimporten aus Russland befreien wird.

Das Stichwort Projekte ist nicht unerheblich in diesem Zusammenhang. Ihr früherer Präsident Ochirbat hatte es bei unserer Konferenz hier in Ulaanbaatar im letzten September klar adressiert: Unsere beiden Länder haben



zwar traditionelle, exzellente Beziehungen, aber bis heute mangelt es an der Umsetzung, an Projekten großer Bedeutung. Es gibt neue, positive Entwicklungen – Vorhaben, Verträge, Gespräche, Ideen, Möglichkeiten. All dies weist in die richtige Richtung. Doch nun gilt es, diese Tendenzen zu verstärken und den Weg konsequent und nachhaltig zu beschreiten.

- Demokratie und Freiheit

Für die Bundeskanzlerin ist das bilaterale Kooperationsabkommen nicht nur ein wichtiger Schritt zur Umsetzung unserer eigenen, deutschen Rohstoffstrategie, nicht nur „Grundstein für eine langfristige Partnerschaft im Energie- und Rohstoffsektor“ – wie sie es formuliert hat –, sondern weit mehr noch Teil eines ganzheitlichen Ansatzes, der eine nachhaltige Kooperation in den Bereichen Bildung, Gesundheit sowie die Schaffung einer „zukunftsfähigen Infrastruktur“ einbezieht. Die Bedeutung dieses ganzheitlichen Ansatzes lässt sich gar nicht hoch genug einschätzen.

Die Mongolei besitzt, sofern sie die demokratischen Strukturen sowie die gesellschaftliche und soziale Stabilität stärkt, in der nächsten Zeit gute Voraussetzungen, ihre wirtschaftliche Sicherheit mit Hilfe der Spitzentechnik/Technologie sowie der Investitionen der „dritten Nachbarn“ mittel- und langfristig zu gewährleisten. Allerdings drängen Deutschland und weitere Drittnachbarn auf eine stärkere Entwicklung rechtsstaatlicher Strukturen in der Mongolei, die weitere Vervollkommnung des Investitionsumfeldes und vor allem aber auf einen noch entschiedeneren Kampf gegen die Korruption. Bei ihrem Besuch hier in Ulaanbaatar hat Bundeskanzlerin Merkel unter Verweis auf die Umwälzungen in der arabischen Welt betont, *„...dass politische und soziale Teilhabe niemals das Privileg nur einer kleinen Gruppe sein darf. In einem Rechtsstaat darf es keinen Ausschluss der Bürger von Freiheiten und Rechten geben. Unser Auftrag lautet, die Bürger am Wohlstand und an den Ressourcen unserer Länder teilhaben zu lassen.“*

Vor diesem Hintergrund erwartet Deutschland von der Mongolei, dass Sie auf dem Weg der Demokratie kontinuierlich weitergeht. Das ist wichtig für die Menschen in der Mongolei. Das ist auch deshalb wichtig, weil die Mongolei als parlamentarische Demokratie, die sich an freiheitlich-demokratischen Grundwerten orientiert, in Zentralasien eine wichtige Vorbildfunktion hat. Ihre Wahlrechtsreform war in dieser Hinsicht ein bedeutender Schritt. Auch die Abschaffung der Todesstrafe fand in der deutschen Öffentlichkeit ein großes, positives Echo in dieser Hinsicht.

Rohstoffreichtum ist kein automatischer Garant für Wohlstand. Der Rohstoffreichtum der Mongolei birgt erhebliches Potenzial für Wachstum und Wohlstand. In vielen Ländern waren Rohstoffe in der Vergangenheit leider viel zu oft auch ein „Ressourcenfluch“, wenn der Kampf um die Ressourcen innere und äußere Konflikte anheizte. Ob der Rohstoffsektor zur nachhaltigen Entwicklung beiträgt, hängt maßgeblich von geeigneten Rahmenbedingungen, also von funktionsfähigen und transparenten Institutionen ab. Für die Mongolei selbst ist es zweckmäßig, die demokratischen Institutionen und die Zivilgesellschaft zu stärken und die erforderliche Weiterentwicklung der politischen Parteien zu inspirieren. Entscheidungsprozesse müssen transparenter werden, soll nicht die Bevölkerung auf dem demokratischen Weg frustriert werden.

Vor diesem Hintergrund zielt deutsche Politik im Rohstoffbereich darauf ab, die nachhaltige Rohstoffwirtschaft in der Mongolei unter Wahrung der Menschenrechte und der Einhaltung international anerkannter sozialer und ökologischer Mindeststandards zu stärken. Damit soll der verantwortungsvolle und transparente Umgang



mit Rohstoffen gefördert und eine entwicklungsorientierte Nutzung der Rohstoffeinnahmen erreicht werden. Die Erlöse aus dem Rohstoffsektor sollen bei den Menschen ankommen. Sie sollen im Sinne eines nachhaltigen Wirtschaftens einem möglichst breiten Teil der Bevölkerung zugute kommen. Hieraus resultiert die Bedeutung von Gemeinschaftsaufgaben wie Bildung, Gesundheit sowie einer zukunftsfähigen Infrastruktur. Deutschland will und wird die Mongolei dabei nach Kräften unterstützen. Bundeskanzlerin Merkel sagte anlässlich des Besuchs Ihres Präsidenten in Deutschland: *„Ich habe Deutschland als einen Partner vorgestellt, der auf langfristige, faire und nachhaltige Zusammenarbeit ausgerichtet ist und der Angebote unterbreiten kann, bei denen wirtschaftliche Effizienz mit umweltfreundlichen Technologien verbunden ist und die gleichzeitig Möglichkeiten für eine gute Ausbildung der Arbeitnehmer und der Mitarbeiter in den Betrieben bieten.“*

„Faire und nachhaltige Zusammenarbeit“ orientiert an Werten und Gemeinnützigkeit – nicht Profitgier, persönliche oder kurzfristige Interessen von Staaten, Unternehmen oder Einzelpersonen! Dies ist das „Win-Win-Areal“, das Deutschland in der Kooperation mit der Mongolei sieht. Dieses Angebot ist ernst gemeint.

- Eintreten für gemeinsame Werte

Die Mongolei und Deutschland treten in unterschiedlichen Foren weltweit für die gemeinsamen Werte von Freiheit und Demokratie ein, unter anderem im Rahmen der Vereinten Nationen, der NATO und der OSZE. Die Zusammenarbeit deutscher und mongolischer Soldaten Seite an Seite in Afghanistan ist hierfür ein vortreffliches Beispiel. Auch deshalb fällt es Deutschland leicht, die Mongolei bei der Partnerschaft mit der Europäischen Union zu unterstützen.

Als Präsident Elbegdorj im März 2012 Deutschland den ersten offiziellen Staatsbesuch eines mongolischen Staatsoberhauptes abstattete, würdigte der deutsche Bundespräsident Gauck die „Lebendigkeit der mongolischen Demokratie“: Er bekundete die Bereitschaft Deutschlands, die Aufnahme der Mongolei in die OSZE „als erster Staat außerhalb des bisherigen Regionalbereiches“ zu unterstützen. Er betonte: *„Ihr Land liegt in der Mitte Asiens verankert und ist gleichzeitig wichtiger und überzeugter Wertepartner Europas. Das zeigt sich nicht nur am derzeitigen mongolischen Vorsitz in der Gemeinschaft der Demokratien, sondern auch im Bestreben, die Beziehungen zur Europäischen Union und zur NATO auszubauen.“*¹

Das „Nationale Sicherheitskonzept der Mongolei“ vom Juli 2010 betont ausdrücklich den Willen, die Beziehungen zur Europäischen Union zu erweitern. Die Mongolei will europäische Normen und Standards einführen. Nach intensiven Verhandlungen wurde am 20. Dezember 2010 das Rahmenabkommen über umfassende Partnerschaft und Zusammenarbeit der Europäischen Union mit der Mongolei paraphiert. Das Abkommen beinhaltet politische Klauseln über die Menschenrechte, Massenvernichtungswaffen, den Internationalen Strafgerichtshof, Kleinwaffen und leichte Waffen sowie die Terrorismusbekämpfung. Es fördert die bilaterale, regionale und internationale Zusammenarbeit in Bereichen wie Entwicklung, Handel und Investitionen, Justiz, Freiheit und Sicherheit. Es umfasst auch Bereiche wie die Zusammenarbeit bei Grundsätzen, Normen und Standards, Rohstoffen, Migration, organisierter Kriminalität und Korruption, Industriepolitik und KMU, Tourismus, Energie, Bildung und Kultur, Umwelt, Klimawandel und natürliche Ressourcen, Landwirtschaft, Gesundheit, Zivilgesellschaft und Modernisierung des Staates und der öffentlichen Verwaltung.

¹ Staatsbankett zu Ehren des Präsidenten der Mongolei, in www.bundespraesident.de/29.03.2012.



Im Partnerschafts- und Kooperationsabkommen wird ein weiterer Ausbau der Beziehungen von beiden Seiten begrüßt. Die Mongolei will die momentane, eher auf traditionelle Entwicklungspolitik ausgerichtete Zusammenarbeit mit der EU ausbauen. Deutschland, ihr wichtigster Partner in Europa, soll beitragen, die Beziehungen zur gesamten EU zu verbessern und eine Annäherung an die NATO zu erreichen. Dazu sind wir gerne bereit.

Am 26. Mai 2011 haben Ihr damaliger Verteidigungsminister Bold und der stellvertretende NATO-Generalsekretär Appathurai vereinbart, partnerschaftliche Beziehungen und gegenseitige Kooperation zu entwickeln, um das gegenseitige Verständnis zu fördern, sich in Sicherheitsfragen auszutauschen, die Befähigung zur Verteidigung auszubauen und Krisenprävention und -management auszubilden. Im März 2012 haben die Mongolei und die NATO eine Zusammenarbeit auf der Grundlage von *Individual Partnership and Cooperation Programme* (IPCP) vereinbart. Beide Seiten hoben hervor, dass diese Vereinbarung auf der Grundlage des gemeinsamen Bekenntnisses zu Frieden, Demokratie, Menschenrechten, Herrschaft der Gesetze und internationaler Sicherheit getroffen wurde. Als „NATO-partner across the globe“ hat die Mongolei, wie ihr Außenministerium auf seiner Website herausstreicht, nunmehr „den Status eines Partnerlandes der NATO gleich Australien, der Republik Korea, Japan und Neuseeland erlangt“.²

Mein Resümee mit Blick auf die internationale Positionierung der Mongolei: Die richtigen inhaltlichen Schwerpunkte. Die richtigen Partner. Die richtige Strategie. Die Mongolei ist international angekommen. Dies bedeutet freilich nicht, dass der weitere Weg automatisch leicht wird.

4. Handlungsempfehlungen

Die Konzeption des „dritten Nachbarn“ gründet auf den historischen Erfahrungen, den Werten und Interessen der Mongolen. Dieses Konzept ist wichtig und richtig für die Mongolei. Während die Mongolei, Europa und Deutschland die Werte von Demokratie und Freiheit teilen, verfolgen die Beteiligten natürlich eigenständige sicherheitspolitische und wirtschaftliche Interessen. Bei allen Unterschieden gibt es dabei durchaus gemeinsame Schnittmengen. Auf diese gemeinsamen Schnittmengen werde ich mich in meinen Handlungsempfehlungen konzentrieren.

Deutschland und Europa sind an langfristiger Stabilität im Innern Europas, seiner Peripherie und in Schlüsselregionen der Welt interessiert. Damit sind sie auch an Stabilität in der Mongolei interessiert. Der deutsche und europäische Fokus liegt dabei auf Themen wie große Flüchtlingsbewegungen, Migration, sichere Handelsbeziehungen, Energieknappheit, Terrorismusabwehr und Non-Proliferation. Im Grunde gibt es bereits in allen diesen Feldern eine gute Kooperation zwischen der Mongolei und Deutschland. Diese sollte fortgesetzt und vertieft werden.

Mit Blick auf die Mongolei wünscht sich Deutschland eine in der Perception der mongolischen Bevölkerung legitimierte Regierung, deren gute Regierungsführung, Rechtsstaatlichkeit, Sicherheit und eine ausgewogene Teilhabe an den Ressourcen breite Anerkennung finden. Aus deutscher Sicht sind dies alles Voraussetzungen für nachhaltige Stabilität in der Mongolei. Diese Stabilität liegt sicherlich nicht nur in deutschem Interesse, sondern auch im ureigenen mongolischen Interesse.

² Монгол улс, НАТО хоорондын түншлэл, хамтын ажиллагааны хөтөлбөр батлагдав, www.mfat.gov.mn/29.03.2012



Die deutsche Erwartungshaltung – und damit implizit auch Handlungsempfehlung – gegenüber der Mongolei ist dabei einheitlich so, wie dies Deutschland auch gegenüber anderen Freunden und Partnern artikuliert:

- Gute nachbarschaftliche Beziehungen – in Ihrem Fall mit Russland und China;
- Ein stabiles, legitimes und verlässliches Regierungssystem;
- Lebensperspektiven für nachrückende Generationen;
- Anschluss an die Globalisierung in den Bereichen Industrie, Handelsräume, Bildung und Kommunikation;
- Gerechte Verteilung von Ressourcen, Zugang zu Wasser und medizinischer Versorgung;
- Gute Vernetzung der Initiativen auf nationaler und internationaler Ebene;
- Stabilisierung des produzierenden Gewerbes / Mittelstands;
- Gezielte Einbindung von Frauen in politische Entscheidungs- und Konfliktlösungsprozesse.

Daraus lassen sich weitere Punkte ableiten:

- Entwicklung/Weiterentwicklung einer ressortübergreifenden Strategie für die koordinierte Unterstützung von Transformationsprozessen in der Mongolei unter Einbindung nicht-staatlicher Akteure;
- Abstimmung des nationalen Vorgehens in Angelegenheiten gemeinsamer Bedeutung mit Deutschland und Europa;
- Aufbau eines Dialogs auf Augenhöhe mit einem breiten Spektrum gesellschaftlicher Gruppen in den Regionen der Mongolei;
- Identifikation und gezielte Nutzung von erfolversprechenden Unterstützungsmöglichkeiten (z.B. hinsichtlich Ausbau rechtsstaatlicher Strukturen, Standards und Normen, technische Innovationen, Bildung, Ausbildung und Gesundheitswesen, Stiftungen);
- Anreize für Investitionen, Chancennutzung und Risikobegrenzung.

Hinsichtlich der Chancen möchte ich auf eine wichtige Chance, die nach meiner persönlichen Auffassung für die Mongolei großes Potenzial für eine zielgerichtete Zukunftsentwicklung bietet, etwas ausführlicher eingehen – die Chance einer Smart Governance.

In den vergangenen Jahren hat die Vision einer „Smart Governance“, von „Smart Cities“ und „Smart Citizen“ weltweit eine mächtige Wirkmacht entfaltet. Diese Vision ist Ziel der Weiterentwicklung der Administration in vielen Ländern und Städten dieser Welt, auf allen Kontinenten. Sie ist übrigens Gegenstand des Austausches der Europäischen Union mit China. Auch Moskau und Singapur realisieren derzeit Smart City Konzepte.

„Smart Governance“ adressiert die Zukunft von öffentlichen Dienstleistungen. Es geht um

- zeitgemäße Effizienz,
- Führung und Gestaltung in öffentlichen und kommunalen Strukturen,



- Mobile Arbeit und Teilhabe an politischer Gestaltung,
- Kontinuierliche Innovation und lebenslanges Lernen,
- Einsatz moderner Informations- und Kommunikationstechnologien für mündige Bürger, bessere Planung sowie zeit- und sachgerechte Entscheidungsfindung,
- Verbesserung demokratischer Prozesse,
- Transparenz und Kommunikation,
- Transformation öffentlicher Dienstleistung auf das Niveau des 21. Jahrhunderts.

Die Bereitstellung von Infrastruktur und sozialen Dienstleistungen sowie die Gewährleistung einer hohen Lebensqualität für eine wachsende und immer stärker diversifizierte Bevölkerung sind vor dem Hintergrund der Umweltbelastungen und des steigenden Ressourcenverbrauchs weltweit eine der größten Herausforderungen für moderne Gesellschaften. Sie treffen auch auf die Mongolei einschließlich der Bedingungen in Ulaanbaatar zu. Wie die Mongolei längst erfahren hat, gehen mit Globalisierung, Migration und Landflucht Probleme wie Umweltbelastungen und Armut, Wohnraumangel, steigender Ressourcenverbrauch oder Schwierigkeiten in der Bereitstellung von Infrastruktur, sozialen Dienstleistungen und der Daseinsvorsorgen einher. Um vor dem Hintergrund des steigenden Ressourcenverbrauchs und der Umweltbelastungen eine hohe Lebensqualität für eine immer stärker diversifizierte Stadtgesellschaft zu gewährleisten, kann in Hinblick auf eine ökologische, ökonomische und soziale Stadt der Zukunft das Konzept der Smart Cities großes Potential freisetzen.

Im Kontext der Smart Cities werden moderne Technologien, besonders im Bereich der Informations- und Kommunikationstechnologien, Energie und Mobilität eingesetzt oder auch entwickelt. Technische Voraussetzung für intelligente und nachhaltige Städte der Zukunft ist vor allem die Systemintegration über Informations- und Kommunikationssysteme und die Vernetzung der unterschiedlichen Bereiche, z.B. die Vernetzung von Daten aus den Bereichen Energie, Verkehr, Ver- und Entsorgung für Stadt- und Raumplanung, Notfalldienste wie Feuerwehr, Polizei und Krankenhaus zur Verbesserung der Lebensqualität der Bürger.

Smart Cities verfügen über eine integrierte Raum-, Verkehrs- und Energieplanung. Basistechnologien sind eine flächendeckende Abdeckung mit Breitbandkommunikation, intelligente Verteilungsnetze für die Energieversorgung und -verteilung, moderne Sensornetze, die über Machine-to-Machine-Kommunikation Vorteile in den Bereichen Energie, Logistik, Verkehrstechnik, Verwaltung und Notfalldienste mit sich bringen sowie eine City Data Cloud als hocheffiziente IT-Struktur, die – wo zweckmäßig – staatliche und unternehmerische Informationen und Daten einer Stadt integriert.

Aufgrund des steigenden Energiebedarfs, vor allem an Strom, bieten Smart Cities neue technologische Möglichkeiten, diesen Bedarf umweltverträglich zu decken. Technische Entwicklungen in den Bereichen der Gebäudeintegration von Energieerzeugungstechnologien, Technologien zur kaskadischen Ressourcennutzung (Abwärmenutzung aus Industrieprozessen, Abwasserkanälen, Biogasproduktion aus Kläranlagen oder biogenen Abfällen, Wiederverwertung von städtischen Ressourcen wie z.B. Bauschutt) sowie zur Energie- und Stoffspeicherung stellen Lösungsansätze dar. Performance-Indikatoren sowie eine Abschätzung der Technikfolgen sind notwendige Schritte, um über technologische Ansätze ökonomisch, ökologisch und sozial gerechte Städte zu entwerfen.



Smart City Ansätze wie beispielsweise in Singapur spiegeln das Leben dieser Stadt in Echtzeit wieder und haben dort zum Ziel, Entscheidungsträgern neue und bessere Perspektiven zu eröffnen und Bürgerinnen und Bürgern neue und bessere Services zu bieten. Sie binden auf innovative Art über Computer, Smartphones oder das Mobilfunknetz Bewohnerinnen und Bewohner der Stadt als wichtige Informationslieferanten ins Smart-City-System ein. Für die Stadtbevölkerung sind Technologien zur Kommunikation und ganz besonders für die Informationsbeschaffung (Energieverbrauch, Verkehrsinformation, Partizipationsmöglichkeiten, etc.) von Bedeutung. Hierzu werden neuartige Methoden zur Datenauswertung und Interpretation eingesetzt bzw. zum Teil noch entwickelt, die das Verständnis der urbanen Komplexität für die Bevölkerung sowie für die Entscheidungsträger erleichtern. Ansonsten sind die meisten Technologien bereits vorhanden. Hier besteht die Herausforderung darin, diese systemisch zu vernetzen, besser auszubauen sowie darin, Situational Awareness Fähigkeiten zu generieren. Daneben sind Investitionen in Human- und Sozialkapital, nachhaltiges wirtschaftliches Wachstum, hohe Lebensqualität, schonender Umgang mit Ressourcen und partizipative Governance bedeutsam. Ebenfalls sind gesellschaftliche und nutzerorientierte Ansprüche zu beachten.

Voraussetzungen, um diese Ansätze zu etablieren, sind zum einen die interdisziplinäre Zusammenarbeit von Politik, Wirtschaft und Wissenschaft, um eine gemeinsame Vision, Vorgaben und regulative Grundlagen zu schaffen. Andererseits ist die Diversität der Stadtbevölkerung zu berücksichtigen. Sie ist bei Entscheidungsprozessen einzubinden. Deshalb ist die Etablierung von Technologien ausschlaggebend, die Bewusstseinsbildung und Partizipation in der Bevölkerung erhöhen. Nachhaltige Städte der Zukunft antizipieren und unterstützen gesellschaftliche Veränderungsprozesse. Das Ziel dieser Prozesse sind Smart Citizen, intelligente und informierter Bürger, die bereit sind, in einer Kultur der Beteiligung und Partizipation, Verantwortung zu übernehmen und die Stadt nach ihren Bedürfnissen nachhaltig zu gestalten.

Heute ermöglichen weltweit Konzepte wie Smart Governance, Smart Cities oder Smart Citizen den Ansatz einer ökologisch, ökonomisch und sozial gerechten Gesellschaft bzw. Stadt.

Sie in der Mongolei,

Sie, der umworbene Rohstoffpartner,

Sie, der nach Drittnachbarschaft suchende attraktive Partner,

könnten sich einen solchen modernen, innovativen, smarten Weg leisten.

Alles hängt mit allem zusammen. Stimmt Ihre Zukunftsvision, könnten Sie jeden staatlichen und industriellen Partner verpflichten, sein Mosaikstück in Ihr mongolisches Smart Governance Netzwerk einzupassen. Das Modell „Mongolei“ wäre damit nicht nur in Vergangenheit und Gegenwart vorbildlich, sondern darüber hinaus zugleich ein Zukunftsmodell.



Anmerkung:

Vortrag des Autors anlässlich der Konferenz *Die Drittachbar-Politik der Mongolei und Partnerschaftsformen mit Deutschland und der EU* der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V. und des Instituts für Strategische Forschung beim Nationalen Sicherheitsrat am 4. September 2012 in Ulaanbatar.

Der Beitrag gibt die persönliche Ansicht des Autors wieder.

Über den Autor dieses Beitrags

Oberst i.G. Ralph D. Thiele ist Vorsitzender der Politisch-Militärischen Gesellschaft e.V. (pmg), Bonn.



Ralph D. Thiele